

# Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei  
in der Tschechoslowakischen Republik.

monatlich . . .	Ks 16.—
vierteljährlich . . .	48.—
halbjährig . . .	96.—
ganjährlig . . .	192.—

## „Deutsche Juden“ für — die Christlichsozialen!

Die christlichsoziale Partei hat ein Flugblatt herausgegeben und christlichsoziale Arme im Geiste tragen es voll Eifer von Haus zu Haus. Auf diesem Merkmalen Preßzeugnis sind zur Warnung vor der Wahl anderer als der christlichsozialen Kandidaten Köpfe jüdischer Bourgeois, zur Karikatur verzerrt, gezeichnet. Damit will die christlichsoziale Partei, um die christlichen Wähler von ihren Verrätereien abzulenken, die niedrigsten Rasseninstinkte aufpeitschen, und die das Flugblatt kopportierenden christlichsozialen Einfaltspinsel mögen wirklich glauben, daß es ihrer Partei mit ihrem Antisemitismus, mit dem Kampfe um „arische Reinheit“ und „jüdisches Vorherrschaftstreben“ ernst sei. Die reichen Juden wissen es besser. Die kennen die Geschichte der christlichsozialen Partei und wissen, daß ihnen durch die Christlichsozialen noch nie ein Haar gekrümmt wurde, ihre Profit- und Wucherinteressen vielmehr ausgiebige Förderung erfahren haben. „Laßt mir meine Juden in Ruhe“, hat Lueger seinen, den Antisemitismus allzu eifrig hervorklebernden Anhänger zugerufen, hat sie abgepöfien, als sie nicht nur arme jüdische Hausierer verprügelten, sondern wollten, daß auch die bestehenden Juden an die Judenfeindschaft der Christlichsozialen glauben lernen. Das Schimpfen auf die Juden verziehen ihnen die jüdischen Geldsäcke gerne, denn sie wissen, daß das Klappern zum Handwerk gehört. Neben der „Neuen Freien Presse“ war ihnen Lueger ein Stück jüdisch-kapitalistischer Glaube, unter seiner Herrschaft fühlten sie sich geborgen wie in Abrahams Schoß, und nicht minder haben sie den Blut-Prälaten Seipel in ihr Herz geschlossen, dem sie bei den letzten österreichischen Nationalratswahlen die Wahlklassen mit reichen Geldspenden füllten und mit ihren Stimmen Wahlhilfe leisteten. Das erscheint widernatürlich und ist doch so natürlich. Die Besitzer der Geldsäcke und die Schützer der Geldsäcke gehören vor Gott und der Welt zusammen.

Auch bei uns haben bei den letzten Parlamentswahlen nicht unerheblich viele jüdische Bourgeois kein Geheimnis daraus gemacht, daß sie in der christlichsozialen Partei ihre verlässliche Stütze sehen. Obwohl die jüdisch-nationale Partei kandidierte, gingen sie doch lieber zum Schmied, als zum Schmied und wählten — christlichsozial. Doch waren es damals gewissermaßen nur lose Heerhaufen, die sich der Partei der streitbaren katholischen Kirche zur Verfügung stellten. Bei diesen Gemeindevahlen hat sich in Prag nun sogar eine Art jüdischer Flügel der christlichsozialen Partei gebildet, der zum erstenmal in der politischen Geschichte mit einem Flugblatt zugunsten der Christlichsozialen und der mit ihnen verbündeten aktivistischen Parteien auslief. Das Flugblatt ist an die „deutschen Juden“ gerichtet, die es als „nüchtern und realdenkende Männer“ auffordert, für die unter dem Titel der „arischen Einheitsfront“ zusammengeschlossenen Christlichsozialen, Landbändler und Gewerbetreibenden zu stimmen. Die Sache ist sehr listig eingedacht, und die Christlichsozialen würden es unter anderen Umständen „jüdische Schlaubei“ nennen. Da heißt es nicht etwa gerade, offen und ehrlich: „Bürgerliche Juden schließen sich der antimarxistischen Einheitsfront an und unterstützen die herrschende Reaktion!“ Für so klump darf man die Verfasser des Flugblattes nicht halten. Die Aufforderung zur Schützenhilfe für die deutschbürgerliche Reaktion ist in die Form einer Polemik gegen die — deutschdemokratische Partei gekleidet, die dadurch, daß die deutschen Juden die Regierungswahl wählen, von ihren nationalitätlichen Abwegen“ auf den richtigen Weg zurückgeführt werden soll. Die armen Deutschdemokraten, nach denen da wie auf Spaten mit Kanonen geschossen wird, sind

natürlich nur der Vorwand, um die jüdisch-bourgeoise Vorliebe für die Christlichsozialen und Landbändler zu dokumentieren. Es ist vielmehr etwas ganz anderes, und zwar der bürgerliche Klassengeist und die bürgerliche Klassenolidarität, welche die „deutschen“ Juden zu den „arischen“ Klassen-gegnossen treibt. Gewiß, auch an der bürgerlichen Weltanschauung der Deutschdemokraten ist nicht zu zweifeln, aber wenn sollen sie Nutzen bringen, seitdem sie so reduziert sind, daß sie nicht einen einzigen Abgeordneten im Parlamente haben! Die „nüchtern und realdenkende Männer“ des jüdischen Wahlauftrages gehen, wo es sich um die Vertretung der Interessen ihres Besitzes handelt, auf Nummer Sicher und wählen lieber christlichsozial-landbändlerisch, als die abgetakelten Deutschdemokraten. Noch einer anderen Verflechtung bedienen sich die Urheber des Flugblattes. Unterfertiigt ist es von acht jüdischen Herren und Damen, die sich im politischen Leben einer allgemein anerkannten Unbekanntheit erfreuen und die sich wahrscheinlich gerade deshalb für berufen halten, der Politik den dreieinhalb Millionen Subjektivdeutschen die Richtlinien vorzuschreiben. Von den acht Unterzeichnern gehört nur eine Person als „Fabrikantensgattin“ dem jüdisch-kapitalistischen Kreise an, die anderen sind Beamte und Beamtinnen, Private und ein Konzerndirektor, aber sind die Irma Löwy, Paula Fischl, Hans Taussig und Otto Fassel wirklich die eigentlichen Urheber des für die Christlichsozialen so eifrig Partei ergreifenden Flugblattes? Nein, die halten sich aus begreiflichen Gründen im Dunkeln.

Was die Argumente des Flugblattes betrifft, so könnten sie den christlichsozialen Theologieprofessor Hilgenreiner oder Herrn Marx-Harting selbst zum Vater haben. Man glaubt, eine der aktivistischen Propaganda-Neben Marx-Hartings oder Spinns zu lesen. Da wird von dem „historischen Schritt“ gesprochen, den die Deutschbürgerlichen mit ihrem Regierungseintritt vollzogen, von „positiver, aufbauender Arbeit“, „keimender nationaler Verständigung“ und „fühlbare Entspannung im nationalen Streite“ gefaselt, was alles ein Verdienst der deutsch-aktivistischen Parteien sein soll. Auch ohne dieses Flugblatt hat man gewußt, daß den jüdischen Kapitalisten der Kampf um nationale Rechtsgleichheit, den das jüden-deutsche Volk führen muß, Selbsta ist, und daß ihnen ihre schätzbaren materiellen Interessen weit näher liegen. Ihre Einsicht kennzeichnen sie selber am besten, wenn sie in dem Attentat der Verwaltungsreform, die eine Renaupreisung der nationalen Leidenschaften zur Folge haben muß, ein Werk der nationalen Verständigung sehen. Es wäre müßig, mit den Unbekannten, die das Flugblatt an die „deutschen Juden“ verfassten und finanzierten, über den richtigen Weg zur nationalen Verständigung zu diskutieren, das Geschehen richtet sich angesichts der von den deutschen Aktivisten verübten Verwüstungen von selbst und der wirkliche Sinn des Flugblattes kommt in dem Satz zum Ausdruck: „Seht euch über alle Einwände hinweg, wie es die Deutsche Reichsheitlichen Wiens bei den letzten Wahlen getan haben, als sie trotz aller sonstigen Gegenjäger den Männern des Wiederaufbaus ihre Hilfe und Unterstützung geliehen haben.“ Das sind wenigstens Naturlaute! Wie bei den letzten Wahlen in Wien! Damit haben auch bei uns die jüdischen Anhänger des christlichsozialen Kur-keine-Milde-Prälaten ihr Bekenntnis zur Seipelerei abgelegt. Ganz wie in Wien! Dort führen die bürgerlichen christlichen und jüdischen Kapitalisten, Kaufherren und Bankawellen marschiert der Besonde der katholischen Kirche voran. Die deutschbürgerlich-arische Reaktion will die Arbeiterklasse in die wirtschaftliche und politische Sklaverei zurückführen, sie will die Sozialversicherung und die soziale Fürsorge vernichten, den Mieterchutz demolieren, den Nachtstunden-

tag zerstören, da wittern auch die jüdischen Bourgeois Morgenluft und schließen sich dem Reigen der Arbeiterfeinde an. „Trotz aller sonstigen Gegenjäger“ — wo solche kapitalistische Ideale auf dem Spiele stehen, da kommt es auf Kleinigkeiten wie Antisemitismus nicht an! Wenn noch ein Pinselstrich notwendig war, um das Gemälde der christlichsozialen Partei

als einer Schutztruppe der christlichen und jüdischen Hochfinanz, des christlichen und jüdischen Unternehmertums zu vollenden, so hat ihn das Flugblatt an die „deutschen Juden“ vollbracht. Die Seipelerei ist in vollem Betriebe. Wer das nicht erkennt und am 16. Oktober nicht nach dieser Erkenntnis handelt, dessen Neue würde zu spät kommen!

## Gemeinde und Schule.

II.

Einen allerdings nur sehr mittelbaren Einfluß auf das Schulwesen besitzt die Gemeinde durch die

### Mitwirkung bei der definitiven Besetzung der Lehrstellen

in der Gemeinde-Schule. Doch ist dieser Einfluß sehr gering, bzw. besteht er nur auf dem Papier. Der Ortschulrat hat unter den Bewerbern um die ausgeschriebene Lehrstelle nach Einvernehmung der Gemeindevorsteher einen Vorschlag zu erstatten und diesen an den Bezirksschulsausschuß zu leiten. Doch gibt es nach der gegenwärtigen Gesetzgebung nur ein rein formelles Recht der Behörden zur Besetzung einer Lehrstelle. Denn nach Art. IV. des Gesetzes Nr. 306/20 muß die Stelle mit dem dienstältesten Bewerber besetzt werden, wenn dessen Qualifikation mindestens auf „gut“ lautet. Es ist richtig, daß dadurch die Rechte des Ortschulrates wie des Bezirksschulsausschusses wesentlich eingeschränkt werden, vom Standpunkte der politischen Freiheit des Lehrers freilich bedeutet sie aber einen großen Fortschritt. Vor dem Umsturz konnte der Bezirksschulrat sich — ohne an Dienstalter und Qualifikation gebunden zu sein auch ohne den Ortschulrats-Vorschlag berücksichtigen zu müssen — nach Belieben einen Bewerber auswählen. Wir wissen, daß hier persönliches Wollen und Freundschaft und politische Gunst und Mißgunst fast immer die entscheidende Rolle gespielt haben. Die freigesetzten und vor allem die unserer Partei angehörigen Lehrer kamen auf diese Weise gegenüber solchen Bewerbern, die den herrschenden Parteien angehören, weit ins Hintertreffen. Der jetzt geltende Zustand, daß der dienstälteste Lehrer bei guter Qualifikation die angestrebte Stelle bekommen muß, hat nicht nur ein gutes Stück persönlicher Freiheit und politischer Unabhängigkeit den Lehrern wiedergegeben, sondern vor allem auch die den oppositionellen Parteien angehörigen Lehrer, darunter nicht in letzter Linie unseren Parteigenossen unter den Lehrern die Sicherheit gegeben, daß sie aus politischen Gründen bei der Bewerbung um eine Lehrstelle nicht zurückgesetzt werden können! Dieser Zustand paßt den aktivistischen Parteien nicht, die die Lehrer wieder unter ihre politische Gewalt bekommen, sie wieder in den Zustand der Abhängigkeit zurückführen möchten! Unsere Vertreter im Ortschulrat aber werden die geltende Rechtslage anerkennen und schützen müssen und gegen alle Bestrebungen, die einschlägigen Gesetzesvorschriften abzuändern, stimmen!

Sowie die Besetzung der Lehrstellen, können Ortschulrat und Gemeinde auch die

### Festsetzung der Klassenzahl

an der Schule und die Vermessung der Kinderzahl in den Klassen nur mittelbar beeinflussen. Die Errichtung neuer Klassen, bzw. die Bewilligung von Parallelklassen an deutschen Schulen obliegt dem Landeschulrat als Körperschaft, und zwar seiner deutschen Sektion. Sie muß nach dem Kleinen Schulgesetz in den Schuljahren 1927/28 bis 1931/32 an mehrklassigen Schulen dann erfolgen, wenn die Zahl der Kinder in einer Klasse über 70 steigt, an einklassigen Schulen, wenn die Kinderzahl mehr als 65 beträgt. Erst mit Beginn des Schuljahres 1932—33 ist die Höchstzahl der

Kinder einer Klasse an mehrklassigen Schulen mit 60 und an einklassigen Schulen mit 50 festgesetzt.

Es ist aber klar, daß selbst bei diesen Schülerzahlen — bis Ende des Schuljahres 1927/28 betrug die zulässige Höchstzahl der Kinder einer Klasse sogar ausnahmslos 80 — ein ge-  
deihlicher Unterricht nicht gut möglich ist! Auch reichen in vielen Schulen die Räume für eine derartige Kinderzahl nicht aus! Zu bemerken ist, daß die Schulbehörden 90 Quadratdezimeter auf ein Kind von der Gesamtbedarfsfläche der Lehrzimmer rechnen.

Hat also die Klasse nicht fastimal 90 Quadratdezimeter, als sie Kinder hat, so be-  
fügen Ortschulrat und Gemeinde ein Recht darauf, daß die Klasse auch dann geteilt wird, wenn die im Gesetze festgesetzten Höchstschülerzahlen nicht überschritten werden.

In vielen Gemeinden — besonders in Wäh-  
ren — aber befinden sich deutsche und tschechische Schulen. Bei den letzteren — besonders wenn es Minderheitsschulen sind — haben Ortschulrat und Gemeinde häufig auf der

### vollen Gleichberechtigung

zu bestehen. Bei den tschechischen Schulen be-  
sonders, wenn sie sogenannte Minder-  
heitsschulen sind, erfolgt die Teilung be-  
stehender, bzw. die Errichtung neuer Klassen  
auch dann, wenn die nach dem Gesetze zulässige  
Höchstschülerzahl nicht erreicht ist. So gibt  
es tschechische Minderheitsschulen, die mit 30  
bis 40 Kindern zweiklassig, mit 90 Kindern  
vierklassig sind. In all diesen Orten haben  
Ortschulräte und Gemeinden beim Landes-  
schulrat auf eine völlig gleiche Behandlung  
auch der deutschen Schule, bzw. Schüler zu  
drängen und die Vertreter unserer Partei, die  
schon im alten Österreich für die vollkom-  
mene nationale Gleichberechtigung eingetreten  
sind, sind vor allem berufen, diese Gleichberech-  
tigung für das deutsche Schulwesen auch in  
der Tschechoslowakei nachdrücklich zu fordern!

Das Recht, bestehende Klassen zu sperren,  
obliegt dem Vorsitzenden des Landeschulrates  
als Person und wird überhaupt nicht  
durch eine kollegialisch berate-  
nde Behörde ausgesprochen.  
Sind die gesetzlichen Voraussetzungen für die  
Sperrung der Klasse nicht gegeben, so kann  
der Ortschulrat — nicht aber die Gemeinde  
— gegen die Auflösung die Beschwerde an  
das Ministerium, im Abweigungsfalle auch an  
das Oberste Verwaltungsgericht einbringen.  
Besteht aber die gesetzliche Möglichkeit der  
Auflösung von Klassen, d. h. steigt durch die  
Auflösung der Klasse in keiner der anderen  
die Schülerzahl auf mehr als 60, so kann viel-  
leicht durch schriftliche Vorstellungen und  
mündliche Vorreden beim Bezirksschulsausschuß,  
wie auch beim Vorsitzenden des Landes-  
schulrates auf ähnlichem Wege eine ebenso gün-  
stige Behandlung erzielt werden, wie sie unter  
ähnlichen Verhältnissen einer tschechischen  
Schule zuteil wurde. So kann unter Hinweis  
auf die so oft erteilte Zusicherung der gleich-  
artigen Behandlung beider Nationalitäten  
vielleicht doch mitunter der Bestand einer  
Klasse gerettet werden können.

In Währen fällt dem Ortschulrat noch  
eine ganz besondere Aufgabe zu, nämlich jene  
als Streitpartei in dem

### Kampf um das Kind.

Nach der sogenannten Lex Perel, die  
aber nur für Währen gilt, sind die Kinder

verpflichtet, die Schule ihrer Nation zu be-  
suchen. Diese Gesetzesvorschrift hat dazu ge-  
führt, daß auf Grund der Reklamation der  
Leitungen der tschechischen Schulen und der  
tschechischen Ortschulräte hunderte von Kindern  
aus den deutschen Schulen aus-  
geschlossen und mit der Behaup-  
tung, der Vater sei tschechischer  
Nationalität gegen den Willen  
der Eltern zum Besuche der tsche-  
chische Schule gezwungen wor-  
den. Das Oberste Verwaltungsgericht hat  
aber anerkannt und ausdrücklich ausgespro-  
chen, daß im Streit um den Schulbesuch der  
Kinder der Ortschulrat Streitpartei  
ist und alle Rechte einer solchen besitzt. Wird  
also in einer Gemeinde, in der ein deutscher,  
oder doch der Mehrheit nach deutscher Orts-  
schulrat besteht, ein Kind aus der deutschen  
Schule vom Landeschulrat ausgeschlossen, so  
hat der Ortschulrat dagegen das Recht, sich  
daran an das Ministerium, bzw. an das  
Oberste Verwaltungsgericht. Mehr als 150  
Kinder sind durch Beschlüsse der Ortschul-  
räte wieder für die deutsche Schule zurück-  
gewonnen worden. Da die tschechischen Schul-  
leitungen und die der Mehrheit nach tschech-  
ischen Ortschulräte aus der deutschen Schule  
alle Kinder herausklemmten, die auch nur  
tschechische Namen haben, so ist es auch  
Pflicht unserer Vertreter, in den  
der Mehrheit nach deutschen Ortschulräten,  
jedes deutsche Kind, das die tschechische Schule  
besucht und dies unversehrt, als der durch die  
tschechische Reklamation verminderte Schüler-  
stand an der deutschen Schule sehr oft schon  
den Anlaß zur Auflösung deutscher Schulklas-  
sen und damit zur Herabminderung des Bil-  
dungsstandes der deutschen Ortschulräte ge-  
boten hat.

**Der Kampf um die  
nationale Selbstverwaltung**

och Schulwesens wird allerdings in einer  
Linie von den Vertretern unserer Partei im  
Parlament ausgefochten werden müssen, denn  
ohne eine durchgreifende Aenderung der be-  
stehenden Schulgesetzgebung ist eine wirkliche  
nationale Autonomie nicht möglich. Zusammen-  
fassend kommt in diesem Kampfe um die nationale  
Selbstverwaltung den Ortschulräten, wie auch  
den Gemeinden, eine nicht unbedeutende  
Rolle zu.

Nach Paragraph 22 des auch jetzt noch  
geltenden Schulaufsichtsgesetzes vom 9. April  
1920, Nr. 292, kann der Landeschulrat eine  
Schulgemeinde, in der eine größere Anzahl von  
Schulen sich befindet, in mehrere Schul-  
sprengel einteilen, von denen jeder einem  
eigenen Schulrate zu unterstellen ist. Diese Vor-  
schrift ermöglicht es, in jeder Schulgemeinde,  
in der tschechische und deutsche Schulen sich be-  
finden, einen deutschen und einen  
tschechischen Ortschulrat zu errich-  
ten. Wohlgeachtet: Dies ist schon heute unter  
den gegenwärtig geltenden Gesetzen möglich,  
und mindestens in allen gemischtsprachigen  
Städten mit Schulen für beide Nationalitäten  
sofort durchführbar. Die Vertreter  
unserer Partei in der Gemeinde müssen daher  
dafür sorgen, daß — wenn die Deutschen im

Ortschulrate die Mehrheit haben von diesen  
— und wenn dies nicht der Fall ist — je  
nach den örtlichen Verhältnissen — von un-  
serer Partei selbständig oder aber gemeinsam  
mit anderen deutschen Parteien an den Lan-  
deschulrat das Ansuchen um Errichtung eines  
selbständigen deutschen Ortschulrates gerichtet  
wird.

Man darf gespannt sein, ob in der Zeit,  
da Minister Hodza von der Einführung der  
Selbstverwaltung faselt und die deutschen „Ak-  
tivist“ zwei Minister in der Regierung  
sitzen haben, ein derartiges Ansuchen vom Lan-  
deschulrat abgelehnt werden kann. Das wäre  
der fünfzigste Beweis der völligen Einfluß-  
losigkeit der deutschen Regierungsparteien und  
das größte

**Das Eisenbahnministerium verhandlungsbereit.  
Die Eisenbahner kampfbereit.**

Auf den Beschluß der Eisenbahner ist folgende  
Aenderung eingelangt:

An die in der  
Exekutive koalitierten Eisenbahnorganisationen  
in Prag.

Das Eisenbahnministerium steht auf dem  
Standpunkte, daß mit jenem der Organisations-  
vertreter übereinstimmt, daß das Besoldungsge-  
setz für den Bereich des Unternehmens der tsche-  
choslowakischen Staatsbahnen ausnahmslos und  
richtig durchgeführt werden muß und ist bereit,  
über alle zu diesem Ziele erforder-  
lichen Vorarbeiten zu verhandeln.

Die Regierungsverordnung Nr. 15/1927  
selbst sieht die Herausgabe weiterer Vorschriften  
zur vollkommenen Durchführung der Grundzüge  
des Besoldungsgesetzes vor und gibt hierzu die er-  
forderliche Grundlage. Es sind dies besonders die  
§§ 65 bis 67 dieser Verordnung, laut welchen  
gewisse Besoldungsfragen fallweise durch  
weitere Regierungsverordnungen geregelt werden  
sollen, wodurch die Bestimmungen der zitierten Re-  
gierungsverordnung Nr. 15/1927 er-  
gänzt würden.

Das Eisenbahnministerium ist ferner bereit,  
über alle diese Fragen, besonders auch über  
Fragen zu verhandeln, die mit der Herausgabe  
dieser Regierungsverordnung im Zusammen-  
hange stehen, und es wird sein Bestreben sein,  
daß den berechtigten Forderungen — besonders  
jener Kategorien, von denen nachgewiesen wurde,  
daß ihre Honorierung ungenügend  
abgestuft wurde — im Rahmen des  
Besoldungsgesetzes und der finan-  
ziellen Bedeckung entsprochen wird.

Das Eisenbahnministerium hebt neuerdings  
hervor, daß die beabsichtigte Regulierung gemäß  
dem vorhergehenden Absätze, das ist im Sinne  
der §§ 65 bis 67 der Regierungsverordnung,  
einen hauptsächlichsten Teil der Besoldungsregel-  
ung bildet. Nur im Zusammenhang mit den  
Vorkehrungen gemäß den §§ 65 bis 67 und wei-  
ter mit jenen, welche aus der Systemisierung der  
Posten resultieren, wird beurteilt werden können,  
ob die Grundregulierung, welche durch die Ver-  
ordnung Nr. 15/1927 auf Grund der der Re-  
gierung gegebenen gesetzlichen Ermächtigung des  
§ 210 des Besoldungsgesetzes durchgeführt wurde,  
entspricht. Die zitierte Regierungsverordnung  
gibt von selbst keine verlässliche Unterlage für  
ein derartiges endgültiges Urteil.

Mit Rücksicht auf die Bemerkung in der  
Entschließung der Organisation, betreffend den

Klasko der aktivistischen Politik,  
die angeblich ebenfalls die Erringung der na-  
tionalen Selbstverwaltung zum Ziele hat, und  
auf dem Gebiete des Schulwesens „große Er-  
folge“ anszuweisen hat!

So wäre im vorstehenden dargestellt wor-  
den, innerhalb welcher Grenzen und mit wel-  
chen Mitteln die Gemeinden mittelbar oder un-  
mittelbar die Gestaltung ihres Schulwesens und  
damit auch die Entwicklung der Geistesbildung  
ihrer Mitglieder beeinflussen können. Damit  
sind aber auch programmatisch die Richt-  
linien gezeigt worden, die das Verhalten un-  
serer Vertreter in den Gemeinden und im Orts-  
schulrate bestimmen werden und jene Förde-  
rungen beleuchtet werden, die sie in dieser  
Körperchaft zu erheben haben.

finanziellen Aufwand, teilt das Eisenbahnmini-  
sterium mit, daß die bloße Ueberleitung der Be-  
diensteten der Staatsbahnen in die neuen Ge-  
hälter gemäß dem Gesetz Nr. 103/1926 und der  
Regierungsverordnung Nr. 15/1927 an Nach-  
zahlungen für das Jahr 1926 den Betrag von  
104 Millionen Kronen erforderte. Hierzu kommt  
noch die erwähnte beabsichtigte Regulierung,  
welche beiläufig mit dem Betrage von 50 Mil-  
lionen Kronen abgeschätzt werden muß, ferner  
die Konsequenzen der Erhöhung der Pensionen.  
Die finanzielle Tragweite, welche die Bestim-  
mungen über die Beförderung der Bediensteten  
im Rahmen der Systemisierung erfordern, kann  
heute nicht genau berechnet werden; daß diese  
aber eine bedeutende sein wird, ist daraus er-  
sichtlich, daß diese Vorkehrungen dauernd die Ge-  
haltserhöhung von beiläufig 17.000 Bediensteten  
betreffen. Es ist daher sicher, daß der von den  
gesetzgebenden Körperschaften für die neue Ge-  
haltserhöhung im Ressort des Eisenbahnmini-  
steriums vorgesehene Betrag, nach Durchführung  
aller mit ihr im Zusammenhange stehenden Ver-  
fügungen, nicht nur erschöpft, sondern wahr-  
scheinlich auch überschritten werden wird.

Die Verhandlung in der angeführten Rich-  
tung wird nächst beschleunigt werden. Das  
Eisenbahnministerium hat bereits deshalb den  
Zentral-Vertrauensmännerausschuß, als die für die  
Verteidigung der Rechte des Personalbediensteten  
zuständige, zur Beratung in diesen Sachen für  
Donnerstag, den 13. Oktober d. J. eingeladen.

Prag, am 12. Oktober 1927.  
Der Eisenbahnminister:  
J. B. Ríha m. p.

Die Exekutive der koalitierten Eisenbahneror-  
ganisationen behandelte in ihrer Plenarsitzung am  
Mittwoch, den 12. d. M., abends, das Ergebnis  
der Intervention der Abgeordneten der Exekutive  
beim Eisenbahnminister sowie die Antwort,  
welche ihr ebenfalls Mittwoch um 17 Uhr 30  
Minuten auf den Beschluß des Kongresses vom  
6. d. M. übermittelt wurde.

Diese Antwort formuliert nicht nur den  
Standpunkt des Eisenbahnministeriums, sondern  
auch den der Regierung zu den Forderungen der  
Organisationen.

In der Beratung der Exekutive wurde be-  
schlossen, daß sich die gewählte engere Kommissi-  
on der Exekutive im Eisenbahnministerium zur  
Verhandlung der Exekutive und des Zentral-  
vertrauensmännerausschusses einstellt.

Zu der Verhandlung wird die engere Kom-  
mission der Exekutive darauf bestehen, daß in

erster Linie über die Forderungen der Exekutive,  
betreffend die Aenderung der Regierungsver-  
ordnung Nr. 15/1927 und dann erst über die  
Regulierung der Nebenbezüge verbindlich ver-  
handelt wird.

Diese Verhandlung findet heute, Donners-  
tag, um 16 Uhr, statt. Ueber das Verhandlungs-  
ergebnis und die weitere Taktik werden die  
Eisenbahnbediensteten auf geeignete Art verständ-  
igt werden.

**Inland.  
Deutschaktivistische Märchen.**

Mangelnde Erkenntnis?  
Unter dem passenden Titel „Ein Jahr Anteil  
an der Macht“ besprach die „Deutsche Landpost“  
die „erhebende“ Tatsache, daß ein volles Jahr um  
ist, seit die deutschen Regierungsparteien die —  
Trabant des Wechslas bilden. Das ist dem landbün-  
dlerischen Hauptorgan genug, um über die groß-  
artigen Errungenschaften der Aktivisten — Mär-  
chen zu erzählen. Zuerst konnten die mate-  
riellen Erfolge an die Reihe:

„Auch die Deutschen litten unter den unter  
sozialistischem Diktat geschaffenen experi-  
mentierenden Gesetzen, die die selbständig erwerb-  
stätigen Stände in einem erschrecklichen Uebermaß  
besaßen und ihm schier den Atem raubten. Des-  
halb mußte eine Reihe von Gesetzen beschloffen  
werden, die, im Zeichen des so notwendig gewor-  
denen Sparsens stehend, mit den sozialistischen Er-  
rungenschaften — wir sagen ausdrücklich „sozial-  
istischen“ und nicht „sozialen“ Errungenschaf-  
ten — insoweit aufräumen mußten, als sie eine  
produktive Tätigkeit der staatsbehaltenden Stände  
hemmten und bremsen. Hier verweisen wir auf  
die neue Jollpolitik, auf die Steuerreform und auf  
die bevorstehende Novellierung der Sozialversicherung...“

Nur schade, daß die Landbändler (z. B. Se-  
kretär Bed und Abg. Böhm) jetzt eingesehen,  
daß die Fülle der Landwirtschaft im  
allgemeinen nicht das erhoffte Heil  
brachten. Die Steuerreform und die Verban-  
nung der Steuerreform wird zwar den notleidenden  
Teil der Landwirtschaft auch nicht retten, aber  
dem antiskollekivistischen Daß der Agrarier ist  
damit doch Rechnung getragen. Dann fabelt die  
„D. L.“ weiter:

„Aber höher als diese materiellen Erfolge  
sind die psychologischen, die morali-  
schen Erfolge.“

Das Wichtigste sei das „vertiefte“ Bewußt-  
sein des tschechischen Volkes auf das Recht der  
deutschen Bevölkerung der Mitregierung. Der  
Deutsche habe das Selbstvertrauen gewonnen, bei  
den tschechischen Beamten finde der Deutsche wie-  
der Gehör, der Süddeutsche dürfe sich auf  
seinem Grund und Boden wieder zu Hause füh-  
len. Zum Schluß heißt es wörtlich:

„Es wurde bisher viel geseufzt,  
mehr muß noch in der Zukunft ge-  
seufzt werden. Das wissen die deutschen Mehr-  
heitsparteien, und ihre bisherigen Erfolge sind  
für sie ein Ansporn zu weitzem Handeln im  
Interesse ihres Volkes, und dieses Interesse ist ihr  
einziger Leister, auch für die kommenden Jahre,  
unbekümmert um das Schöne und Gekleiße einer  
diätenhaften Vierpartypolitik.“

Von diesem Gesalbader ist nur das eine rich-  
tig, daß mehr Positives in der — Zukunft  
geleistet werden soll, denn die bisherigen Erfolge  
für das Volk sieht selbst mit dem stärksten Ver-  
größerungsglas niemand.

Wie der famose „Leisterer“ der Land-  
bändler aussieht, verriet übrigens der landbün-

**3 Die Attentäter.**

Novelle von Otto Bernhard Wendler.

Johannes wusch sich noch immer, als der  
Beddig schon sein Prot laute und gierig den heißen  
Kaffee hinunterstürzte. Er sah die Waage nicht an,  
als sie das keine brachte. Sie war ihm zu dick.  
Und Frauen in Wollstrümpfen mochte er über-  
haupt nicht leiden. Er liebte Frauen in bauch-  
gartner Zeide mit schwachen Gelenken und schmalen  
Hüften. Frauen wie Margot etwa. Unbeherrsch-  
tief er wie ein Tier.

Sie schwenkten noch einmal die Mägen, mur-  
melten einen Dank und verschwanden schnell aus  
dem Hof. Sie trennten sich, nachdem sie Bed-  
digs Messer knobeln geworfen hatten. Lonner  
ging links, Beddig rechts.

Nach Stunden trippelte Beddig ungeduldig  
am Ausgang des Dries hin und her. Er war  
eigentlich froher Laune. Er hatte Moos geschafft —  
sechshundvierzig Pfennige — und einen  
Kantel Brot hatte er auch im Sad, eine neue  
Weste dazu.

Wo blieb Lonner?  
Sie konnten noch gut das nächste Dorf mit-  
nehmen am Nachmittag, vielleicht beim Gastwirt  
dann in der Scheune schlafen. Sie hatten so ein  
paar Groschen zum Verzehren.

Lonner lächelte, als er kam, war freier wie  
sonst, trug eine neue Hose und einen neuen Rock  
und auf erkannte Fragen des Beddigs zeigte er  
einen blanken Taler. Mit selbstlicherer Herren-  
geste holte er aus der Rocktasche zwei Zigaretten  
heraus und bot eine dem fassungslosen Beddig an.  
Aber er sprach nicht.

Auch als sie dem nächsten Dorf zuschritten,  
blies er nur bedächtig den Rauch vor sich hin und  
lachte einige Male glücklich auf. Beddig fragte

nicht. Er kannte den Lonner soweit, daß Fragen  
gar keinen Eindruck auf ihn machte. Der blieb  
auf einmal stehen und sah sich um.

„Ja, links da wohnt eine alte Bäuerin, die  
schimpfte mächtig und gab mir einen Apfel und  
knobte die Tür zu. Gehen wollt ich. Da sah ich  
eine Pfistertart an der einen Tür. Ich trat an  
die Tür heran, um sie zu lesen. Da floh sie  
mir schon an den Kopf und ein Weib stand  
in der Tür. Beddig, so wie die russische Tänzerin  
in der zerrissenen Illustrierten, die wir gestern  
sahen. Ich rief mir den Kopf und sie war etwas  
erschrocken. Dann fragte sie, wer ich denn sei und  
da sagte ich's. Ein Musikant, handverletzt und so.“

„Armer Junge“, sagte sie, und öffnete die  
Tür so weit, daß ich glaubte, eintreten zu müssen.  
Ich leg natürlich, aber sie sah mich an wie viele  
Frauen, die ich gekannt und das Bett in der  
Ecke war verwühlt. Und das Keröse ihrer Augen  
kannte ich. Sie erzählte auch. Tolle Idee eines  
Freundes, sie hier auf dem Dorfe einzumieten.  
Die Stadt war ihm zu gefährlich, seiner Frau  
wegen. Seit vierzehn Tagen war er auch ausge-  
blieben.“

Zeit vierzehn Tagen!  
So ganz klagend Beddig!  
Und einen Pfist, Teufel!

Ich sehste alles auf eine Karte, warf die  
Lumpen vor mir, und sie schrie nicht auf, sondern  
warf sich mir an den Hals und ich sie aufs Bett“

Lonner lachte in der Erinnerung befreit auf.  
„Dann gab sie mir von ihm ein Hemd, den  
Anzug und den Taler. Und dann war ich drau-  
ßen.“

Beddig musterte ihn etwas neidisch.  
„Sie hätte es mit mir ebenso gemacht.  
Das war eine Scharte, die nur auf einen Mann  
lauerie.“

„Du freist. Sie sagte, ich hätte in der Tür  
wie ein Gott in Lumpen ausgesehen, wie schöner,  
aber verdrehter Gott.“ Und dabei jauchzte Lon-

ner, weil er wieder der Johannes Günther sein  
konnte, den die Frauen liebten. Er sah sich immer  
wieder noch einmal um und alle Automobile  
musterie er neugierig, ob wohl nicht ein einzelner  
Mann drin wäre. Er, der zu ihr fuhr.

„Er wird sie etwas müde finden“, lachte er.  
„Es war eine stöckliche Stunde. Sie hatte so  
frische und süße Haut und alles war so selbst-  
verständlich.“

„Was du auch für ein Schwein hast!“  
knurrte etwas mißgestimmt Beddig.

„Ich bin doch schon viel länger auf der  
Walze wie du, aber so leicht hat es mir noch keine  
gemacht. Es war immer ein wenig Gewalt  
dabei.“

„Ich bin ein Esel gewesen, bisher. Es haben  
schon oft so Frauen mich angesehen, aber in Lumpen  
hat man keinen Mut. Das ist es. In Lumpen  
wird das Blut zu einer lauen Suppe, das  
ist es!“

Es war wärmer geworden. Ab und zu brach  
die Sonne durch und ihre Strahlen gingen dicht  
an die Haut. Und die Landschaft bekam ein neues  
Gesicht. Etwas abseits vom Wege mühte sich ein  
einzelner Bauer beim Holzverladen. Als er sie  
kommen sah, musterie er sie und rief sie dann an,  
ob sie ihm nicht helfen wollten. Der Knecht lächelte  
nicht. Der Teufel wisse, was ihn abhalte.

„Vielleicht schläft er bei der Bäuerin erst-  
mal“, flüsterte vergnügt Lonner.

Sie sprangen aber zum Gehölz hinüber und  
halsen.

In einer kurzen halben Stunde waren die  
wenigen gefällten Bäume verladen und der  
Bauer lud sie ein, mitzufahren.

„Dir ist es sicher schon besser gegangen“, ver-  
merkte er zu Lonner.

„Erst heute morgen“, lachte er vergnügt.

„So?“

Ob er ein Studierter sei, der Unglück gehabt  
habe. Das läme ja vor. Ja, er hätte Lust  
studiert und sich die Hand verletzt, die linke.

Er hielt sie dem Bauern hin, der sie kritisch  
musterie.

Und als er die Hand so ausstreckte, als ge-  
höre sie nicht mehr ihm, verfloß die gute Laune.

Auf einem Holzwagen sah er. Neben einem  
stupiden Bauern, der sicher noch kein Café von  
innen gesehen hatte, keine geschminkten Frauen,  
nie Zelt getrunken. Und er trug einen geschnittenen  
Anzug, der etwas weit war. Und dieser Kumpel  
da neben ihm, der Beddig, der war im Hinter-  
haus geboren und hatte nur Schlosser gelernt  
und — — —

Trotzdem schmeckte die Suppe, die die Frau  
auftrug. Und der Knecht hatte zum Schützen ge-  
müht in einer eisigen-Sache. Beddig hat die Frau,  
für ihn ein paar alte Sachen zu suchen. Es wäre  
immer noch so kalt. Sie tat es. Lonner rauchte  
die letzte Zigarette und las in der Zeitung, las  
von der Welt, die ihn ausgestoßen. Und es pochte  
und jagte in seinem Innern.

Wieder einmal dabei sein!

Der leicht grausame Zug um den schön ge-  
schnittenen Mund verschärfte sich. Bitter lächelnd  
musterie er die Stube, in der er saß. Die ver-  
brauchte, effendunstige Luft nahm ihm fast den  
Atem. An der Wand hingen ein paar verblaßte  
blöde Photographien, ein weißer Myrtenkranz  
unter Glas, ein Bild aus des Mannes Militär-  
zeit, so mit Säbel und Schickgeschehr. Schwer,  
plump und roh waren die Möbel. Der verfluchte  
Stuhl, auf dem er saß.

(Fortsetzung folgt.)





### Schwere Niederlage der Christlichsozialen in Mährisch-Trübau.

Aus Mähr.-Trübau wird uns berichtet: Um nicht über die politische und wirtschaftliche Lage in der Tschechoslowakischen Republik sprechen zu müssen, haben sich die Christlichsozialen einen Gemeinderat H. Solaubel aus Wien verschrieben, der über die Schreckensherrschaft der roten Gemeindevverwaltung in Wien und über die Juli-Ereignisse sprechen sollte. Mit Nischenlettern verkündeten sie in Trübau, daß Solaubel Montag, den 11. d. M., die wahren Begebenheiten am 15. Juli in einer öffentlichen Versammlung schildern werde. Ihrer Aufforderung leisteten ungefähr 600 Personen Folge, sicherlich eine Zahl, wie sie das katholische Volkshaus noch nie beherbergte.

Herr Solaubel begann, durch die große Zahl der erschienenen Genossen sichtlich eingeschüchtert, seine Rede mit einer Schilderung der politischen Lage des alten Oesterreich, der weiteren Entwicklung zur Republik, betonte, daß er selbst Republikaner sei, doch daß seine Partei „noch nicht Gelegenheit“ hatte, zu dieser Frage Stellung zu nehmen. Er mußte zugeben, daß in seiner Partei auch noch verborgene Monarchisten seien und bezeichnete die Monarchisten im allgemeinen als abgetriebene, ausrangierte und degenerierte Offiziere und Beamte, die nur in der monarchistischen Staatsform die mögliche Staatsleitung erblickten. Die christlichsoziale Partei sei jene Partei, die immer die Staatspolitik über kleinliche Parteipolitik gestellt habe, was von der sozialdemokratischen Partei in Oesterreich nicht gesagt werden könne. Entrüstete Zwischenrufe beehrten den Referenten, daß er ein sehr kurzes Gedächtnis habe. Er rühmte unsere Steuerreform (!), die er scheinbar einen Tag vorher in einer Versammlung in Zwittau durch P. Krüßler kennen lernte und meinte, daß bei uns überhaupt geordnete Verhältnisse herrschen. Der Herr Präsident Hainisch sei, im Gegensatz zu unserem Präsidenten, eine Person, die unbedachtet sich in Oesterreich bewegt. Aufgefordert, zur Tagesordnung zu sprechen, stellte er Behauptungen auf, die den Unwillen der Versammelten hervorrief und ihm der Lüge überführte. Schon durch seine Behauptung, daß er auf dem Schauplatz der Tat gewesen sei, nicht wie die sozialdemokratischen Führer, von denen niemand anwesend war, erwarb sich dieser Lügner die Verachtung der Anwesenden. Als er immer wieder behauptete, daß er als Wiener alles besser wissen müsse, konnte sich Genosse Dr. Kanitz, der nach Mähr.-Trübau gekommen war, nicht weiter zurückhalten und rief ihm zu: „Es ist hier noch ein anderer Wiener und der wird auch reden“. Frentischer Beifall gab der Freude Ausdruck, daß Gen. Kanitz gekommen war. Bis zu diesem Augenblick hatten von seiner Anwesenheit nur wenige Vertrauensmänner gemerkt, um so größer war der Jubel bei den Parteigenossen. Herr Solaubel wurde angefaßt dieser Tatsache sehr blaß und nun wurde seine Rede erst recht zu einem Gestammel und wirkte peinlich auch auf seine sehr spärlich erschienenen (höchstens 60) Parteifreunde.

Genosse Dr. Kanitz mußte, nachdem man ihm nur eine Redezeit von 15 Minuten gewähren wollte — um nicht erst durch die erdrückende Mehrheit unserer Parteigenossen, längere Redezeit zu erzwingen — an den Wiener Redner appellieren, er möge ihm als Gegner aus Wien eine längere Antwort ermöglichen. Die Zuhörer des Gen. Kanitz hinterließen den größten Eindruck. Er erinnerte an die lange Arie von Norden, begangen an Arbeitern und Arbeiterführern, die immer mit einem Freispruch der Mörder endeten und schilderte die Erregung beim Bekannwerden des Urteils. Gerade die Feststellung Solaubels, daß bei einer Anfrage vom Parteisekretariate erklärt wurde, es werde nichts geschehen, ist ein Beweis, daß die Partei nicht etwas beabsichtigte, sondern daß die Demonstration eine spontane Bewegung war. Die Behauptung des Vordredners, daß die Partei durch diese Massenbewegung die Macht in diesem Staate an sich reißen wollte und das er damit begründete, daß man den Justizpalast mit Benzin und Petroleum beschüttete, also alles vorbereitet war, um die Eigentumsansprüche an Grund und Boden zu verwischen, ist eine Dummheit, denn bei einer Revolution ist es überflüssig, etwas vorzuzubereiten. Die Behauptung, daß die Frontkämpfer (Solaubel fordert die Abschaffung des Schutzbundes und der Frontkämpfervereinigung) mit der christlichsozialen Partei nichts zu tun hätte und nur eine Verlegenheitsache seien, wurde vom Gen. Kanitz abgelehnt, denn die Tatsache, daß die Frontkämpfer bei jeder Feiertlichkeit der Seipelpartei aufmarschieren, läßt auf engere Beziehungen schließen. Daß Solaubel nicht mit dem Schattendofener Urteil einverstanden ist, deckt sich sicherlich nicht mit der Meinung seines Parteiblattes, das da schrieb: „Ein klares Urteil“. Als die größte Gemeinheit bezeichnete unser Genosse die Tatsache, daß man, wenn man über die Juliereignisse spricht, nicht mit einem Wort das Verhalten der Polizei zur Sprache bringt. Die Bemerkung, die Polizei hätte in Notwehr gehandelt, zeigt deutlich die Absicht der Christlichsozialen, die Polizei nicht in die Diskussion einzubeziehen, und alles abzuwehren, was nach Untersuchung aussieht. Mit einer Reihe von Fällen, die stummhändig von dem Gemeindevorstandsausschuß festgestellt wurden, beleuchtete in badender Weise unser Genosse das Handeln der Wiener Polizei. Die Versammlung lautete in stemmloser Stille. Die nur von leidenschaftlichen Entrüstungsrufen über die Schandtat der Wiener Polizei, unterbrochen wurde.

Als Herr Solaubel, der angeblich nicht alles sagen konnte, demnach das auslassen mußte, was gerade vom Gen. Kanitz vorgebracht wurde, den Versuch machen wollte seine Lügen zu verwischen, entsetzte er lebhaften Widerspruch, so daß es dem Referenten sicherlich angenehm war, daß unsere Genossen mit dem „Lied der Arbeit“, die Versammlung schlossen.

Diese Versammlung wird sicherlich die Schwarzten in Mähr.-Trübau belehren, daß man auch bei uns unsere Wiener Genossen nicht beschimpfen und beleidigen darf. Der Herr Solaubel aus Wien — er hat übrigens im Wiener Gemeinderat noch nie den Mund aufgemacht — wird sicherlich das letztemal auf einer Vortragsreise gewesen sein.

## Politische Bauernfängerei. Der „Bund der Landwirte“ wird bescheiden.

Die „Deutsche Landpost“ kann sich vor Freude nicht fassen. Was ist denn geschehen? Haben vielleicht Spina und Mayr-Harting — wenn die Rot am größten ist — einen nationalpolitischen Erfolg erzielt, bringen sie vielleicht dem deutschen Volke die versprochene Schulautonomie, die angeblich in letzter Stunde die Wahlausichten der deutschen Regierungsparteien verbessern soll. Keine Spur! Unsere Landbändler sind genugsam und strapaziös wie kleine Kinder vergnügt mit den Weinen, weil in — 100 Gemeinden in Böhmen nicht gewählt wird, da dort nur eine Liste überreicht worden ist. Nun sind selbst in diesen 100 Gemeinden nicht lauter Agrarier, sondern Angehörige auch anderer Parteien auf dieser Einheitsliste. Aber abgesehen davon, was bedeuten denn diese 100 Dorfgemeinden in den Wahlen! Wir sind überzeugt, daß alle diese Gemeinden zusammen nicht so viel Einwohner haben als eine einzige

deutschböhmisches Kleinstadt. Den Agrariern scheint es genug zu sein, wenn ihnen in den 100 Dorfgemeinden das Glück blüht, in denen nicht gewählt wird, denn dort, wo die Wahl stattfindet, werden sie Prügel bekommen, daß ihnen Zähne und Hören vergehen wird. Daß sie das aber selbst befürchten, dafür kann als bester Beweis dienen, daß sie in allen Landorten Wahlkompromisse angetragen haben, wobei sie bereit waren, der Sozialdemokratie überall mehr Mandate zu überlassen, als diese bisher hatte. Mögen sie also auf die paar Gemeinden, wo nicht gewählt wird, stolz sein, in den größeren Landgemeinden werden sie schon das Urteil des Volkes zu spüren bekommen. Wo nicht gewählt wird, dort mögen sie zufrieden sein, dort, wo gewählt wird, werden sie Sonntag eine Miene zeigen, wie bei einem Leichenbegängnis.

## Vor einer katastrophalen Erhöhung der Mietzinse!

### Die Gemeindevahlen sind eine Volksabstimmung darüber, ob die Mietzinse auf das Vielfache ihrer heutigen Höhe gebracht werden sollen.

In unserer Nummer vom 6. Oktober haben wir eine Nachricht unseres Karlsbader Bruderorgans gebracht, wonach die Regierung eine Vorlage vorbereitet, die nichts weniger bezweckt als den Abbau des Mieterschutzes. Die Mietzinse für Wohnungen, Werkstätten und Läden sollen in sieben Zeiträumen Erhöhungen bis zu ihrer siebenfachen Höhe erfahren und die Mietzinssteigerung soll in jedem halben Jahre je 50 Prozent zweimal sogar je 100 Prozent betragen. Das Ministerium für soziale Fürsorge antwortet nun auf diese Nachricht folgendermaßen:

Die in den letzten Tagen in einigen Blättern darüber veröffentlichten Nachrichten, daß im Ministerium für soziale Fürsorge ein Gesetzentwurf vorbereitet wird, wonach der Mieterschutz aufgehoben, die Zinse stufenweise bis auf das Sechsfache des Vorkriegszinnes erhöht werden, entsprechen nicht den Tatsachen. Die Frage der Neuregelung des Mieterschutzes ist bisher über das Stadium der vorbereitenden Studien nicht hinausgediehen. (Aus dem Ministerium für soziale Fürsorge.)

Was besagt diese Nachricht? Es wird behauptet, daß eine Vorlage nicht vorbereitet wird, daß aber Studien zur Frage der Neuregelung des Mieterschutzes vorgenommen werden. Wie werden denn die Studien der Bürgerregierung über die Neuregelung des Mieterschutzes ausschauen? Glaubt jemand, daß der Mieterschutz in den Händen der bürgerlichen Parteien wohlgeborgen ist und daß die Mieter der bürgerlichen Regierungsparteien ihr Schicksal ruhig anvertrauen können? Wie kann denn das Ministerium für soziale Fürsorge seine Absichten, die auf den Abbau des Mieterschutzes hinausgehen, dementieren, wenn

der Sektionschef für das Wohnungswesen in demselben Ministerium, Herr Kubista, bereits

anfangs Juli im „Prumsholvi Bežiní“ in einem Artikel den bevorstehenden Abbau des Mieterschutzes angekündigt hat. Nach seinen Mitteilungen soll noch im Herbst von der Regierung ein neues Baugesetz vorgelegt werden, an dem man schon damals im Ministerium arbeitete und das mit dem Mieterschutz auszuräumen soll. Ausdrücklich hat Kubista gesagt, daß die Schranken, die dem Hinaufschrauben der Mietzinse gesetzt sind, fallen sollen!

Die Regierung und die bürgerlichen Parteien haben in den letzten Wochen einzig über den Mieterschutz nicht gesprochen. Warum sie sich wohl so in Schweigen hüllen, die sonst so heftig sind? Nur deswegen weil sie fürchten, daß ihnen die Wähler in Scharen davonlaufen würden, wenn sie den Abbau des Mieterschutzes auch nur andeuten würden. Anlässlich der Wahlen wäre es wohl notwendig gewesen, daß die bürgerlichen Parteien ihr Programm in der Frage der Baubewegung und des Mieterschutzes dargelegt hätten. Das ist ihnen aber nicht im geringsten eingefallen und

man kann sicher sein, daß wenn die Gemeindevahlen nicht mit einer empfindlichen Niederlage der bürgerlichen Parteien enden, die Regierung die von Kubista angezeigte Vorlage betreffend den Abbau des Mieterschutzes vortragen wird.

Im Handumdrehen wird da aus dem vorbereitenden Studium ein Regierungsentwurf fertig sein, das Parlament wird Ja und Amen sagen und der siebenfache Mietzins wird Tatsache sein.

Möge darum jeder Wähler bedenken, daß sein Schicksal am 16. Oktober in seiner Hand ruht und daß die furchtbare Katastrophe einer siebenfachen Erhöhung der Mietzinse nur abgewendet werden kann, wenn er sozialdemokratisch wählt!

## Die Angestelltenfreundlichkeit der Nationalsozialisten.

Wir haben vor einigen Tagen nachgewiesen, daß sich die Nationalsozialisten in Oberleitensdorf, und vor allem ihr Führer M. M. M., mit Händen und Füßen gegen die Regelung der Gehälter der städtischen Beamten und Angestellten wehren. Unser Artikel brachte den „Tag“ in ziemlich große Verlegenheiten und er kündigte eine strenge Untersuchung dieser Angelegenheit an. Nun veröffentlicht er in der Nummer 191 vom 8. Oktober das Ergebnis dieser Untersuchung, das folgenden Wortlaut hat:

Auf Grund der Sachlage stand die nationalsozialistische Partei Oberleitensdorf auf dem Standpunkt, daß in der Sache der Umreichung der Gemeindebeamten zuerst die Frage der Systemisierung der Beamtenposten und dann erst die Gehaltsfrage zu lösen sei. Auf Grund dieses, werkschaftlich durchaus richtigen Standpunktes mußten die Gehaltsforderungen bis zur Systemisierung zurückgestellt werden. Die nationalsozialistische Partei in Oberleitensdorf ist nicht gegen die Regelung der Beamtengehälter, sondern will im Gegenteil Ordnung in die Systemisierung bringen.

Diese Feststellung des „Tag“ schlägt den Tatsachen ins Gesicht. Es war kein anderer als Herr M. M. M., der in einer öffentlichen Gemeindevorstellung, in der die Regelung der Beamtengehälter verhandelt wurde, erklärte:

„Wir werden die hohen Gehälter und Bezüge der Gemeindebeamten und Bediensteten öffentlich in der Zeitung bekanntgeben.“

Herr M. M. M. hatte also die Absicht, die Gemeindevorstellungen wegen ihrer Gehälter an den

Pranger zu stellen und einen Teil der Bevölkerung gegen sie aufzubringen. Weiters war es auch Herr M. M., der in der Gemeindevorstellung eine lange Verschleppungsrede hielt, die mit der des tschechischen Vertreters Jdenek übereinstimmte und auf folgendes hinauslief:

**Aussparung einzelner Stellen, Entlassung einiger alter Angestellter, Einstellung von jüngeren Angestellten (Tschechen), Gehalts- und Lohnreduzierung.**

Schließlich stellten sich beide „Angestelltenfreunde“ auf den Standpunkt: die Angestellten und Bediensteten haben zu suchen, die Herren sind wir.

Wenn der „Tag“ der Ansicht ist, unsere Berichte über die angestelltenfeindliche Tätigkeit des deutschen Nationalsozialisten M. M. M. seien nur Wahlschlager, die in Nichts zusammenbrechen, so würde ihm entweder in Oberleitensdorf die Wahrheit vorenthalten, oder er verschweigt — was wahrscheinlicher ist — in seiner hilflosen Verlegenheit den wahren Sachverhalt. Wir werden an der Hand der Protokolle die Angestelltenfeindlichkeit des Herrn M. M. M. nachweisen, damit die Bevölkerung, vor allem aber die öffentlichen Angestellten, sehen können, daß die Angestelltenfreundlichkeit der Nationalsozialisten nichts anderes als eine heuchlerische Phrase ist.

Glaubt der „Tag“ wirklich, daß die Angestellten nicht wissen, daß erst die Systemisierung der Stellen durchgeführt werden muß, bevor es zur Gehaltsregulierung kommen kann? Daß die Systemisierung und Ueberführung jener Beam-

ten und Angestellten noch nicht vollzogen wurde, ist wieder ein Verdienst des nationalsozialistischen Führers M. M. M. Seit Mai haben unzählige Sitzungen und Beratungen deshalb stattgefunden und jedesmal war es M. M. M., der durch seine Verdrehungskunst die Erledigung dieser Frage zu verschleppen wußte. Ja, der deutsche Nationalsozialist M. M. M. hat sich bei seinen Reden stets immer an den tschechischen Jdenek gewandt, wenn es galt, seinen eigenen Ausführungen größeren Nachdruck zu verleihen. „Nicht wahr, Herr Jdenek?“, oder „Ist es nicht so, Herr Jdenek?“, das waren die Worte, mit denen er sich stets an den tschechischen Angestelltenfeind Jdenek wandte, um sich dessen Unterstützung zu sichern. Und so kam es, daß durch die Schuld des Herrn M. M. M. und seines tschechischen Freundes Jdenek die Anträge auf Systemisierung dreimal in öffentlicher Sitzung fast abgewürgt und damit auch die Gehaltsregulierung verlagert wurden. So macht wahrscheinlich Herr M. M. M. Ordnung in der Systemisierung!

Daß Herr M. M. M. ein ausgesprochener Gegner der öffentlichen Angestellten ist, zeigt auch der Schwurf, den er den städtischen Angestellten von Oberleitensdorf machte, weil sie nach seiner Meinung und Rechnung zu Unrecht zu hohe Gehälter bezogen haben, die sie nun zurückzahlen sollen.

Herr M. M. M. hatte sich auch noch einen anderen Zuhörer zurechtgelegt, auf den wir ebenfalls noch zurückkommen werden.

Die Erklärung im „Tag“ wird Herrn M. M. M. nicht reiten. Die Angestellten von Oberleitensdorf, aber auch die öffentlichen Angestellten in anderen Orten, wissen, daß die Nationalsozialisten, wenn es sich darum handelt, die Arbeiter oder Angestellten zu vertreiben, im Interesse der Unternehmer stets ausweichen.

### Devienturie.

#### Prager Kurse am 12. Oktober.

	Geld	Ware
100 holländische Gulden . . . . .	1352.00	1358.00
100 Reichsmark . . . . .	803.00	807.00
100 Belgas . . . . .	198.75	171.75
100 Schweizer Franks . . . . .	619.25	622.25
1 Pfund Sterling . . . . .	163.80 <sup>1/2</sup>	165.00 <sup>1/2</sup>
100 Lire . . . . .	183.80	185.20
1 Dollar . . . . .	33.80	33.90
100 französische Franks . . . . .	152.00	153.20
100 Tinar . . . . .	50.14 <sup>1/2</sup>	50.69 <sup>1/2</sup>
100 Pengós . . . . .	588.62 <sup>1/2</sup>	591.62 <sup>1/2</sup>
100 polnische Zloty . . . . .	376.00	379.00
100 Scilling . . . . .	474.25	477.25

## Der sozialdemokratische Wahltag in Lodz.

Warschau, 11. Oktober. (Eig. Drahtber.) Der Erfolg der Sozialisten bei den Lodzer Gemeindevahlen ist wesentlich größer, als anfänglich angenommen wurde. Die polnischen Sozialisten haben ihre Stimmen gegenüber der letzten Gemeindevwahl fast verdreifacht. Sie stehen jetzt mit über 56.000 Stimmen zum ersten Male als stärkste Partei im Industriezentrum da.

Die Kommunisten erhielten 11.000 Stimmen, die aber von der Regierung durchwegs für ungültig erklärt wurden. Die polnischen Rechtsparteien sind fast von der Bildfläche verschwunden. Die einst in Lodz führende Nationale Arbeiterpartei ist von 20 Mandaten auf 5 Mandate zusammengeschrumpft. Die Christlich-Demokraten haben statt 9 Mandaten 5, und die ungeren Deutschnationalen entsprechenden Nationaldemokraten sogar von 14 Mandaten nur 3 gerettet.

Von zusammen über 24.000 deutschen Stimmen haben die deutschen Sozialisten fast 17.000, die Deutsch-Bürgerlichen über 7000. Die deutschen Sozialisten erhalten 7 an Stelle von 5 Mandaten, die Deutschbürgerlichen 3 an Stelle von 2 Mandaten. Die eigentliche Bildungs-Partei der sogenannten Sanierungsliste erlangt nicht mehr als ein einziges Mandat.

Da auch von den jüdischen Parteien nur die Sozialisten vor allem der sogenannte „Bund“ mit über 14.000 Stimmen neue Mandate gewonnen haben, ist die sozialistische Mehrheit gesichert.

### Leichenfeier für Stromfeld.

#### Große Kundgebung der Budapester Arbeitersch.

Budapest, 12. Oktober. (Eigenbericht.) Die Trauerfeier um den Genossen Stromfeld gestaltete sich zu einer großen Kundgebung der Budapester Arbeitersch. Um 2 Uhr nachmittags wurde in allen großen Fabriken die Arbeit eingestellt und die Arbeiter begaben sich in großen Zügen mit roten Fahnen zum Trauerhaus. Um 1 Uhr begann die eigentliche Trauerfeier auf dem Friedhof; die Zahl der Anwesenden wird mit 20.000 gering geschätzt. An der Bahre sprachen Vertreter der sozialdemokratischen Partei und des Verbandes der Privatangestellten, dem Stromfeld angehörte. Ein Arbeitergesangsverein trug einen Trauerchor vor, worauf der Sarg zum Grabe getragen wurde. Dort sprach Genosse Sakajits für die politische Bezirksorganisation in Budapest und namens der Oktoberisten (der bürgerlichen Demokraten) der frühere Minister Vinzenz Kagy. Schließlich trat eine Abordnung der Kinderfreunde an den Sarg und ein kleiner Junge richtete an den Toten einige erschütternde Worte. Unter den Klängen der Internationale wurde der Sarg dann in die Tiefe gesenkt.



# Volkswirtschaft.

## Die Aktien steigen.

Es ist eine in unserem Staate besonders zu beobachtende Tatsache, daß trotz der Wirtschaftskrise mit ihren furchtbaren Folgen von Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit für die Arbeiter die Gewinne der Kapitalisten steigen. So weit bis jetzt Bilanzen der Unternehmungen und Gesellschaften vorliegen, kann festgestellt werden, daß sie fast durchwegs eine Zunahme der Gewinne gegenüber dem vergangenen Jahre aufweisen. Das betrifft insbesondere auch auf den Bergbau zu. Wie aus den Ausichten von der Börse hervorgeht, scheinen die Aussichten unserer Kapitalisten auf Vermehrung ihrer Profite auch für die nächste Zukunft sehr gute zu sein. Nach dem „Prager Börsen-Courier“ bestand in den letzten Wochen für fast alle auf der Börse gehandelten Aktien das größte Interesse. Im Mittelpunkt dieses Interesses standen Kohle und Eisen, die ziemlich stark anziehen. In größeren Posten wurden besonders die Aktien der Berg- und Hütten-Gesellschaft, der Brüxer Kohlenwerke, Westböhmische Kohlen und andere Gesellschaften gekauft. Diese Käufe erfolgten zum Teil offenbar von Weinmann in der Erwartung, daß nun die angehäuften stillen Reserven, das sind der Desinteresse vertriebenen Gewinne, aufgedeckt werden.

Die Steigerung der Aktienwerte ist zum Teil eine direkt sprunghafte, was aus folgenden Notierungen hervorgeht. Es stiegen die Aktien der „Nordböhmischen Kohlenwerksgesellschaft“ in einer einzigen Woche von 3190 auf 3340, Brüxer Kohle, die vom Bankhaus Prokop und Wouda in den Handel eingeführt wurden, ohne daß die Patronanz, das Bankhaus Petschel, in den Handel eingreift, von 1880 auf 1900, Westböhmische Kohle von 487 auf 547, Nordbahn von 5500 auf 5350, Berg- und Hütten-Gesellschaft von 3320 auf 3510, Böhmisches Handelsgesellschaft von 1705 auf 1755 und der Dux-Bodenbacher von 1220 auf 1250. Ferner wird berichtet, daß die Einführung der Berg- und Hüttenaktie auf der Pariser Börse erfolgen soll, was ein Zeichen dafür ist, daß auch das Ausland in unserem Kohlenbergbau Profitmöglichkeiten erblickt. Die Tatsachen beweisen uns, daß es dem Kapital trotz der Wirtschaftskrise sehr gut geht, und daß es hofft, in der kommenden Periode noch größere Gewinne zu erzielen, als wie in der abgelaufenen.

Wie der „Börsen-Courier“ mitteilt, sind ferner auch die Aktien einer Reihe anderer Industriezweige beträchtlich im Werte gestiegen. Auf dem Markte der Maschinenaktien steht die Sodakalie hervor, die von 999 auf 1055 und die „Celsamoras-Kolben“ deren Aktien von 7270 auf 7600 gestiegen ist. Eine überraschende Aufwärtsbewegung erfuhr die Alkalisalze (Elektroindustrie), die mit 538 ihren höchsten Kurs erreichte. Die Solo-Aktien (Zündholzproduktion) stiegen von 1510 auf 1600, die der Mieschauer (Papierherstellung) von 282 auf 295, die der 1. Bismarck-Brauerei von 3390 auf 3570. Stark angestiegen sind Zuckerwerte, und zwar Nestlé von 2760 auf 2915 und Böhmisches Zucker von 1250 auf 1315. Die Königshofer Zementaktie sprang von 3802 auf 4100, was seinen Grund in einer erwarteten Dividenderhöhung für das Jahr 1927 haben dürfte.

Die Aktie der Prager Mühlen-A.G. stieg von 800 auf 1190. Eine Spezialbewegung, die sich nach dem „Börsen-Courier“ fortsetzen dürfte,

hat die Milchaktie begonnen, die von 1582 auf 1678 gestiegen ist und weiter gut beurteilt wird. Andauernd ist die Nachfrage nach den Aktien der „Zivnostenska banka“. Dagegen sind Textilwerte (Kostlossele) von 700 auf 600 zurückgegangen, der einzige Rückgang, der gemeldet wird. Die Auffrier Chemie tendiert nach längerer Pause wieder fest und stiegen auf 1075. — Diese Kurssteigerungen der Aktienwerte sind ein Beweis dafür, daß wir ein reiches Bürgertum haben, das sein Geld in Wertpapieren anlegt und dadurch ein womöglich großes arbeitsloses Einkommen erzielen will. Je größer aber die Dividenden sind, desto geringer muß auf der andern Seite die Entlohnung der Arbeitskraft sein, denn der Profit ist

# Leitfäden für die sozialistische Erziehung der Mitglieder der Luzerner Sportinternationale.

Aus einem Referat des Schweizer Delegierten Dr. Steinemann auf dem Kongress der I. S. J. in Helsinki.

1. Voraussetzung und Grundlage des sozialistischen Sports ist die politische, gewerkschaftliche und genossenschaftliche Arbeiterbewegung. Der Arbeiter-sportler ist verpflichtet, sich politisch oder gewerkschaftlich oder in beiden Richtungen zu organisieren.
2. Das männliche und das weibliche Geschlecht genießen im sozialistischen Sport dieselben Rechte und haben dieselben Pflichten.
3. Für alle Altersstufen und beide Geschlechter sind überall besondere Organisationen mit eigener Verwaltung und eigenem Lebensbetrieb zu schaffen.
4. Der Sport ist für den Sozialisten nicht Selbstzweck, er muß der Schaffung einer sozialistischen Kultur dienen.
5. Sein erster Zweck ist die Förderung der Gesundheit und wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Menschen.
6. Die I.S.J. erkennt in der Zusammenarbeit von Sportwissenschaftler, Arzt usw. mit Sporttechniker, Sportwart die Grundlage für einen der Volksgesundheit und dem Volkwohl dienenden Sport. Der sportärztliche Dienst soll in allen Landesverbänden organisiert werden.
7. Der Lebensbetrieb gehört grundsätzlich an die freie Luft, geschlossene Räume sind Notbehelfe.
8. Das Leben mit unbedecktem Körper ist überall anzustreben.
9. Der Alkohol, als Feind der sozialistischen Gesellschaft, ist im Arbeitersport zu bekämpfen.
10. Der zweite Zweck ist die Durchdringung der Massen mit dem Gedanken, daß nicht das Einzelwesen, sondern die Gesellschaft als Ganzes, Trägerin und Schöpferin der Kultur ist, der Gemeinschaftsgedanke muß in der I.S.J. stark lebendig werden.
11. Der Pflege des Gemeinschaftsgedankens widerstreben einzelne Sportarten durch ihr individualistisches Wesen mehr oder weniger von Natur aus. (Leichtathletik, Geräteturnen, Schwimmen als Einzelkämpfe, Skifahren, Tennis, Bogens.) Sie haben ihren Lebensbetrieb durch Aufnahme von Gemeinschaftsübungen soviel als möglich zu ergänzen.
12. Andere Sportarten dagegen, wie das Radsportturnen, die Partispieler, das Wandern, ferner der Gesang und die Musik sind ausgezeichnete Mittel zur Pflege des Gemeinschaftsgedankens. Pflicht aller Landesverbände ist es, diesen Bildungsmitteln ganz besondere Aufmerksamkeit zu schenken.
13. In allen Sportarten sind die Wettkämpfe ganzer Abteilungen, Gruppen oder Mannschaften, ferner die Mehrkämpfe besonders zu pflegen und auszubauen.
14. Im sozialistischen Sport bedeutet der Wettkampf nicht die erwünschte Gelegenheit zur Nieder-

nichts anderes als unbezahlte, menschliche Arbeitskraft.

**Die Pensionsversicherung der Angestellten.**  
An unserer gestrigen Notiz soll es selbstverständlich heißen, daß die Konföderation der Unternehmerorganisationen (nicht der Angestelltenorganisationen), die mit der Fednora und der Witte bedeutende Kategorien der geistig Versicherten von der künftigen Versicherung ausschließen wollen, respektive deren Versicherungs-pflicht gefährden. Unter diesen Kategorien sind insbesondere zu nennen die Anreicher, Modellstecher, Maschinisten an Fördermaschinen, Maschinisten überhaupt, Schaufmäher in Bergwerken, selbständige Förder, Keramikler und andere.

gangung eines Geaners mit allen Mitteln. Der Arbeiter-sportler achtet in jedem Augenblick den Menschen und Kampfgenossen. Alle Bekämpfe sollen im kameradschaftlichen Geist und mehr als sein entwickeltes, freies Spiel denn als ernstes, schweres Ringen um den Sieg und Ruhm ausgetragen werden.

15. Das Führen von Rekordlisten für Einzelleistungen in den Landesverbänden und im technischen Hauptausdruck der I.S.J. muß durch Statistik der Massenleistungen ergänzt werden.
16. Die Auffassung, daß hervorragende Leistungen das persönliche Verdienst von einzelnen Personen seien und darum besondere Auszeichnung durch Preise, Kränze, Diplome, Titel, Presseartikel usw. bedürfen, muß bekämpft werden.
17. Die Teilnahme der Sporttreibenden aller Sportarten an Demonstrationenveranstaltungen sowie an Massenübungen soll selbstverständliche Pflicht werden.
18. Der sozialistische Gedanke muß im Geiste der sozialistischen Führer wie auch in der Masse der Sporttreibenden verankert sein; er muß aber auch in den Organisationsformen und im gesamten Leben der Organisationen zum Ausdruck kommen.

**Die diesjährige Konferenz des Bundespielausschusses mit den Kreispielleitern** fand vor wenigen Tagen in Kuffing statt. Alle Kreise waren vertreten. Samstag nachmittags wurden praktische Übungen und das Material, das für Wintertraining und einzureichende Bezirksschulen benötigt wird, durchgeführt. Sonntag fanden Beratungen statt. Aus den Berichten war zu entnehmen, daß sich im Jahre 1927 986 Mannschaften an den Bezirksspielen beteiligten. Der Zuwachs im heurigen Jahre ist auf Konto der starken Entwicklung des Rastballspiels zu buchen. Der Stand an Mannschaften ist natürlich höher, da sehr viele Mannschaften wegen der territorialen Verhältnissen (Sprachinseln) und aus finanziellen Gründen an den festgelegten Bezirksspielen nicht teilnehmen konnten. Geschlossen wurde, Ende Juli oder Anfang August 1928 im Kuffinger Sportpark die Bundesmeisterschaften in allen Turnspielen auszutragen. Ferner muß von nun an bei allen Spielen mit ausländischen Mannschaften — im In- sowie im Auslande — erst immer die Genehmigung der betreffenden Bezirksspielleitung eingeholt werden.

**Kreis-Fußballer-Tagung.** Sonntag, den 9. Oktober hielt der 5. Kreis seine Fußballtagung ab. Konnte im vorigen Jahre der Bericht nur 13 Vereine ausweisen, so zeigte derselbe diesmal 22. Ein

Verein wurde ausgeschlossen. Weitere Gründungen sind vorbereitet. An gemeldeten Fußballern sind 612 zu verzeichnen. Bedauerlich ist der schwache Stand der Reservemannschaften. Aus den Berichten der Bezirke ließ nur der 2. Bezirk eine ausführliche Note erkennen. Er verzeichnet fünf Vereine, die zusammen 307 Spiele austragen; zwei Vereine besitzen keinen Platz. Alle Vereine bezeichnen den „Freien Sport“. Die Berichte der anderen Bezirke waren mangelhaft. Mit den Schiedsrichtern Haupt es nicht und wurde beschlossen, daß jede Mannschaft einen Schiedsrichter zu melden hat, widrigenfalls Ausschluss aus der Serie. Gut eingeführt hat sich die Spielerbüchse. Ein ausgezeichnetes Referat vom Gen. Rechner über „Sport und Sozialismus“ und ein Vortrag des Gen. Wmann über die nächsten Aufgaben gaben der Tagung einen würdigen Inhalt. Die Remise ergab wieder die alte Kreispielleitung. Nach Annahme einiger Anträge organisatorischer und apitatorischer Natur wurde die prächtige Tagung geschlossen.

**Weislich** spielte nach langer Pause wieder einmal auf seinem Platz. Union Teplitz wurde mit 7:0, Treibknoten mit einem 7:1-Resultat entlassen. — Am 6. November spielt Weislich in Dresden gegen den deutschen Bundesmeister. Die derzeitige Form der Weislichler ist nicht bestechend und wird D.S. nicht viel Arbeit haben. (Weitere Resultate nicht eingelangt. Warum?)

**Eine Niederlage der Arter.** Der Kampf im deutschen Wintersportverband (D.S.V.) zwischen den Reinrassen und den „Unreinen“ endete Sonntag bei der Hauptversammlung in Letmeritz mit einer Niederlage der Reispigen. 800:568 war das Stimmenverhältnis, welches die Pluralität zu Paaren trieb. Sie verließen hierauf die Tagung und dürften schließlich einen freien völkischen Wintersportverband unter der Ägide des Deutschen Turnerbundes gründen. Die deutsche Einigkeit — und der D.S.V. ist ja ihr prominenter Vertreter — hat sich wieder einmal als großer Bluff erwiesen. Wann werden die in diesen Verbänden einwirkenden Arbeitermittelschichten, daß sie nur als Stimmvieh für einige „Repräsentationsheiden“ anserkoren sind.

**Einen Wahlpropaganda-Aufmarsch** hielt die 2. Turngruppe des Teplitzer Bezirkes am 9. Oktober ab, der einen guten Erfolg hatte. Gegen 180 Sportler mit Führern „Wählt sozialdemokratisch“ zogen in den zur Wahl stehenden Gemeinden ihrer Gruppe auf. Eine Musikkapelle vervollständigte den Zug. In jedem Ort wurde in kurzen Worten auf die Bedeutung der Gemeindevahlen im allgemeinen und für die Sportler im besonderen hingewiesen — Einige Gruppen werden am Samstag-Nachmittag in anderen Orten aufmarschieren.

## Vom Arbeiter-Turn- und Sportverband.

Nur wenige Tage trennen uns noch von den Gemeindevahlen. Erfüllt alle in diesen Tagen eure Pflicht, arbeitet tüchtig im Wahlkampf mit! Welche Partei wählt der Arbeiterturner und Sportler? Bei welcher Partei arbeitet er im Wahlkampf mit? Die Frage ist ganz einfach beantwortet: Wer hat bisher Sports- und Spielplätze geschaffen? Der Staat hat uns im Stich gelassen. Dies haben nur die Vertreter der sozialdemokratischen Partei in den Gemeinden getan. Nur auf ihre Initiative ist dies zurückzuführen. Wir haben ein Interesse daran, daß weiterhin in dieser Richtung unsere Bestrebungen unterstützt werden:

deshalb wählen Sonntag, den 16. Oktober I. S. alle Turner und Turnerinnen, Sportler und Sportlerinnen nur die Liste der deutschen Sozialdemokraten!

## Jud Gelb.

Ein Märchen von Gerhard Färber.

Die Maifgasse des alten Prager Judenghettos lag gerade so still und leer, wie sie an dem nun genau 300 Jahre, Monate und Stunden zurückliegenden 17. Martino gelegen war. Damals hat es eine arge Zeit für das alte Prag gegeben. Es war wieder einmal die Pest ausgebrochen und da man von Tag zu Tag immer mehr Leichen verbrennen mußte, stieg die Volkswut. Man tobte gegen allerlei Dinge: gegen Herzt, die hilflos waren, gegen Hexen die die Milch vergiften haben sollten, gegen unfaubere Geister, gegen die Juden, deren dunkleres, noch verwehrteres Stadtwiertel sowie Geheimnisse barg für die nichtjüdische Masse, daß sie fast starr und suggestiv hingelockt wurde auf die leuchtenden Judentore, von kaiserlichen Posten bewacht und keine Räublerführer brauchte. Die Menge brach die Steinen und schlug die Juden, als sie gerade Freitag ihre dunklen Gottesdienstordnungen zu Ehren des Gottes der Väter abhielten, schlug sie wie eine Herde hilfloser und graufälliger Stornideln. Nur ein kleiner hübscher, frecher Bengel Gelb Nathan der so gerne lebte, entfloß dem Treiben entsetzt und geschicklich ins gegenüberliegende Rathaus und raunte froh und gerettet, aber doch mit zitternden Beinen die Treppe hinab bis tief in den Keller ohne beachtet zu werden. Die raufende Menge war mit dem Wüten schon fertig und hatte sich längst verzogen um die neuen eigenen Festleichen zu beklopfen, aber der kleine Gelb Nathan hatte das Leben so gern, so gern, daß er noch im Keller tief in ein altes Korinthenfaß froh von dem nicht einmal der ganze Deckel frei war, sondern nur ein Brett; aber welcher Spalt ist zu eng, daß nicht ein kleiner lebenshungriger Pöbel hineinkriechen kann? Allerdings ohne wieder hinauszu können; denn als längst der nächste Morgen kam und man mit Aufbietung der ganzen Familie Gelb Nathan suchte, da hatte er nur seine kleinen hungersgeschwächten schmutzigen Fingernägel, um mit ihnen zu versuchen, das verfluchte Faß aufzubrechen, aber er riß sie sich in seiner

Todesangst nur ab, heraus konnte er nicht. Während der Vater, Moritz und Jaak in der Synagoge mit zitternden Händen und silbernen Griffeln die Thorarollenbuchstaben zu einem Gebet für den erschwarrenden Nathan zusammenführten, hätte Mancher im Kellergewölbe des Rathauses ein lautes Pochen hören können, aufgeregt, immer gleich in mehreren Stößen, um angstvoll vor Geißeln davon zu laufen. Im Keller aber rang der kleine Nathan mit dem Faß und mit dem Tode, denn lange hielt er es nicht mehr aus und der entsetzte Blick blieb der Leiche im Gesicht stehen.

Man vergaß das Faß von Korinthen. — Merkwürdigerweise kam auch kein Kasgeruch von seinem schweren Inhalt und so lag Gelb Nathan langgestreckt, die blau angelaufenen Händchen zu Fäusten geballt, Jahre hin von Ratten und Katzen (Besuchern dieses Kellers), unbelästigt. Vater, Mutter, Moritz, Jaak und Rebekka hatten sich längst dem Allwarenhandel zugewandt, neue Familien gegründet und zeugten und zeugten von Glied zu Glied, wie Abraham, Sand am Meere. Nur der kleine Gelb Nathan nicht! Und er gerade, er hat doch über die armeneligen Versuche der anderen so gelächelt! Er wußte, wie ers machen würde! Oh ganz genau! ach, das war alles nichts, was Jaak oder Moritz taten. Alle Kleider? Bib, die stinken, die kann man nur mit zwei Fingern in die Hand nehmen, damit gibt sich ein Nathanschen nicht ab? Seife? Bänder? Ach was, das ist Kleinkram, der kleine Gelb hat größere Transaktionen im Kopf! Was wird man seine Ideen nicht ausnützen? Was wird man gründen? Eine große Weberei oder so was! Das ist das Richtige! aber nicht mehr das Webeschiffchen mit der Hand leit und her schiden wie früher, das ist doch nur Zeitverlust! Lächerlich! Maschinen wird er bauen lassen, der kleine Herr Gelb! Er hat sie sich sogar schon angezeichnet und alles sein durchdacht, wie er nur ganz wenig Weber anstellen würde, wenig Tageslohn bezahlen müßte und wie die blühenden Maschinen ihm das Tuch nur so an den Kopf wüfren, daß er nichts tun müßte, als verkaufen

und ein reicher Mann werden und dann würde er die Maschinen dem Kaiser verkaufen und der wird ihm tausend Dukaten geben und eine goldene Ordensleiste und einen Fürsten- oder Grafentitel dazu, denn er bringt der Staatskasse viel Geld und ist was wert im Reichshaushalt, ja er Gelb Nathan hat noch schmutzige, kleine Fingerringe, aber zum Hausierer ist er nicht geboren, er wird Fabrikant werden und bald große Gelder besitzen und wie ein Baron den Leuten beschließen und sie einsperren lassen, wenn sie hinter ihm her rufen: Jüd! Jüd! Drecker Finkeljüd! Und da kommst du! du grausamer, unberechenbarer, eufschlicher Gott und erfindest diese Geschichte mit dem fürchterlichen Korinthenfaß! Gerade dem kleinen strebsamen Gelb Nathan zum Trost, wo er doch so fromm ist! Ich versteh das nicht! Gelb Nathan läßt doch keinen Gottesdienst aus, keine fromme Dandlung, und jeden Besucher beschenkt er aus Angst vor dir!

Jetzt liegt Nathan schon Jahrzehnte, jetzt muß der Leiche doch schon ein Bart gewachsen sein so lange liegt sie da! Was war das für ein trauriger Unfuss dieses talentierte Genie so untergehen lassen!

Man schrieb 300 Jahre später, sonst aber dieselbe Zeit, denselben Tag, in der Maifgasse war eine Wärme, wie sie selbst der Vorfrühling, der widerrechtlich das Land besetzt hielt, nicht zu produzieren hatte. Wenn man die Augen schloß, konnte man denken, man stehe in der Maifgasse auf demselben Fleck nur dreihundert Jahre früher und es könnte passieren, daß der Laufengel, der Gelb Nathan an einem vorbei in das alte Rathaus rennen und sich vor Gott weihen lassen könnte. Aber wenn man genau hinsieht, so sieht man da neben einer alten Parade, die nur die Sonne erträglich macht, eine Glaslaterne, und dort, wenn der Abend kommt eine ganz modern und ganz auffallend angelegene Frauensperson stehen, die ihre Reize zu billig hergibt und hier hinter jenem dämonisch und mittelalterlich grauen Mauerwerk, dessen Schönheit Dichter entzücken könnte, hängt in den schönsten Farben ein Plakat, so kindisch, daß es die Kinder zu lauten

Lustschreien verlocken könnte, verlockend: Sana Teemargarine sei die beste. Das sind die Signamente der neuen Zeit in dieser Gasse, jetzt kann kein Gelb Nathan mehr über die Gasse laufen. Jetzt geht das nicht, jetzt gibt es Gasbeleuchtung in diesen alten Straßen, jetzt ist Margarine das Beste und jetzt! — hast du nicht gesehen, hübsch hübsch geht etwas um die Ecke, vor dem der kleine Gelb trotz seiner unverwundlichen Frechheit erschrocken wäre. Rasend schnell laut hupend und glänzend vor Scheinwerfern und Glas in der Sonne: — Ein Auto. — Eine trübe Entzauerung hat dieses alte Viertel in die neue Zeit versetzt, die man merkt, die man fühlt, die man geradezu riecht wie unerträglich Benzingeruch. Darum schnuppert auch der alte Mann, der wie ein lächerliches Monstrum jetzt aus dem alten Rathaus getreten ist, mit seiner dürren fast wie aus Holz geschnittenen Nase in die Luft und nicht dann zweimal mißbilligend laut in seinen eingrauten Bart. Der Mann hat so einen verlogenen Blick. Fast, als wären seine Augen eingetrocknet, das Gesicht ist wie aus Leichenwachs gefeuert und die alten hageren Glieder stecken in einem zu kurzen Mittel, daß die behaarten Ellenbogen aus den Ärmeln schauen und die Hosen reichen nicht einmal bis zu den Strumpfbändern. Wer ist der Mann? Ein Bettler? Ein Hausierer? Ein Stadtwidrig? Nein, aber eine höchst lächerliche Person, ein indischer Greis, der aus lächerlichen Rufen eine Kinderuniform angezogen hat? nein! Man braucht nur näher hinzuschauen um der wahren Spur zu folgen! hinter ihm grauen, zerfaulten, zerlegenen Haar hängen einige verräterische Korinthen — Was?? Was?? Was?? — das ist ja der Gelb Nathan, der aus seinem säffernen Grabe getreten ist! Jetzt noch dreihundert Jahren? Nachdem die ganze ehemalige Umwelt tot ist? Ach geht, hört mir auf mit den ewig aufgewärmten Märlein vom ewigen Juden, das stimmt doch alles nicht, das ist doch alles erfunden. O doch, das ist Gelb Nathan, und zwar noch dreihundert Jahren aus seinem Gefangnis erwaht und befreit.

(Fortsetzung folgt.)

# „Einst Mühe und Plage – jetzt fröhliche Tage!“



Fräulein Klug genießt ihr Leben. Sie plagt sich nicht mit Rumpeln und Reiben, sondern läßt Radion die Arbeit tun.

## Radion wäscht allein!

„Löst Radion in kaltem Wasser auf, gebt die Wäsche in die Radionlösung, laßt 20 Minuten kochen, schweift aus!“

Wäsche rein und blendend weiß! Reiben und Rumpeln ist unnütze Plage, ruiniert Wäsche und Hände und – wird man vielleicht schöner davon?

## Radion das ideale Waschmittel schont die Wäsche!

RADION Ges. m. b. H. - SCHRECKENSTEIN.



Annie Klug

## Gerichtssaal.

### Diener Gottes in Dichtung und Wahrheit

Prag, 12. Oktober. Victor Hugo schildert in einer wundervollen Erzählung, wie ein abgekümmertes Dieb bei Nacht in das Haus eines Priesters eindringt, sich dort silbernes Gerät, wertvolle Schmuckstücke und anderes Kirchengerät angeeignet und wie der Priester ihn gerade ertappte, als er sich mit feiner Deute auf und davon machen wollte. Der Priester konnte es nicht verhindern, daß Gendarmen inzwischen von der Tat in Kenntnis gesetzt wurden, aber er nahm den Dieb mit sich in seine Wohnung, betrat ihn und als die Gendarmen kamen und den Mann verhaften wollten, sprach der Priester: „Der Herr ist mein Gott! Die Sachen, die Ihr hier seht, sind sein Eigentum.“ Und am nächsten Morgen schenkte er dem armen Dieb die Sachen, die er hatte rauben wollen. Diese Erzählung ist eine der schönsten Erläuterungen, wie sich ein Dichter einen Verkünder der Lehre Christi dachte.

Ein analoger Fall, allerdings mit einem anderen Ausgang, spielte sich am 16. September in der St. Thomaskirche auf der Meiseite ab. Ein junger Mensch, namens Josef Varus, machte sich an der Kirchentür auffällig zu schaffen. Der zufällig dort anwesende Kandidat der Theologie Otto Fischer, ein junger Herr mit einer schmalen Nase, verständigte den Priester dieser Kirche, Dr. Schubert. Und beide Herren luden den Varus zwar nicht zu sich ein, wie wir es bei Victor Hugo lesen, sondern landten augenblicklich um die Polizei, die den Mann verhaftete. Er leugnete, die Absicht gehabt zu haben, etwas zu stehlen, er wollte sich angeblich nur die Kirche ansehen. Sein Leugnen nützte ihm nicht viel, weil er bereits wegen Diebstahl abgeurteilt wurde. Die Gottesdiener gaben als Zeugen an, daß sich in der Kirche sehr wertvolle Sachen befanden haben, außerdem Zettelbüchlein mit Geld und daß der Mann der Kirche einen Schaden bis K 8000.— hätte anrichten können, wenn er alles mitgenommen hätte, was dort nicht niert und nagelst ist. Der Dreirichter unter dem Vorsitz des OGH Redyba erkannte dem Angeklagten auf Grund der Neugierde des verurteilten Diebstahles von Wertgegenständen über K 2000.— schuldig und verurteilte ihn zu sechs Monate schweren Kerkers mit je einer monatlichen Feste. „Nehmen Sie die Strafe an?“ fragte der Richter. „Was bleibt mir übrig, aber ich habe nichts gestohlen und auch nichts stehlen wollen“, antwortete Varus und wurde dann abgeführt.

### § 144.

Prag, 12. Oktober. Ein düsteres Familienbild enthielt die Beschreibung vor dem Dreirichter unter dem Vorsitz des OGH Novotny. Ein siebzehnjähriges Mädchen, Franziska K., diente am Abend in der Nähe von Lohor, bei ihrer verheirateten Schwester Josefa Saba. Der Schwager knüpfte mit dem jungen Ding ein Verhältnis an, das nicht ohne Folgen blieb. Als die Mutter des Mädchens davon hörte, schrieb sie ihr: „Du darfst nicht früher heim, als bis Du es weg hast!“ Der Mann fuhr mit der schwangeren ledigen Schwägerin nach Prag zu einer Schwemme, die einen Eingriff vornahm. Die Gendarmerei erhielt von der ganzen Sache auf Grund einer anonymen Anzeige Kenntnis und so wurden in dieser Sache nicht weniger als

fünf Personen angeklagt. Die siebzehnjährige Franziska K., der Schwager Stanislaus Saba, seine Frau Josefa Saba, die Mutter des Mädchens Josefa K., endlich die Hebamme Antonie St. Das Urteil lautet auf sieben Monate schweren Kerkers für die Hebamme, weil sie bereits wegen Eingriffe mit dem Gerichte zu tun hatte, das Mädchen erhielt drei Wochen bedingt, der Mann, mit dem sie das Verhältnis hatte und der gleichzeitig ihr Schwager ist, drei Monate bedingt, die Mutter des Mädchens und ihre Schwester wurden freigesprochen.

## Kunst und Wissen.

Vendl-Fest im tschechischen Nationaltheater. Anlässlich des dreißigsten Todestages des 1897 verstorbenen tschechischen Liederdichters Karl Vendl hat das Prager tschechische Nationaltheater die Oper „Das Kind des Lagers“ („Dítě lávora“) des Komponisten aus dem Archive hervorgeholt und ihr eine feierlich und musikalisch vollständige Neuaufführung unter der Leitung von Vendl war neben Smetana, Fibich und Dvořák der bedeutendste tschechische Opernkomponist seiner Zeit. In seinen zahlreichen, meist stark national gefärbten Opern zeigt er das Bestreben, den tschechischen nationalen und volkstümlichen Ton Smetanas zu treffen, ohne diesem insofern an Ursprünglichkeit der Erfindung und dramatischer Ausdruckskraft nahe zu kommen; auch als Rhythmusiker ist Vendl zu physionomisch, um es Smetana gleich zu tun. Am meisten geschätzt und anerkannt wurde seine Oper „Veila“. Vendl, der Opernkapellmeister war und in dieser Eigenschaft auch lange Zeit im Auslande wirkte, hat neben den Opern auch etliche ausgezeichnete Kammermusikwerke, zahlreiche Chöre (er war auch Dirigent des größten Prager tschechischen Gesangsvereines „Slahol“) und viele schöne Lieder komponiert. Seine Oper „Das Kind des Lagers“ ist schon der Handlung nach, — das preisgekürnte Textbuch stammt von der bekannten tschechischen Dichterin Elise Krásnohorská, die auch Smetana das Opernbuch zur somerlichen Oper „Der Kuh“ lieferte. — eine ausgeprochen nationale Oper. Sie behandelt die Kämpfe der Hussiten gegen das deutsche und fürstliche Christentum. Sagar, das Kind des Lagers, ist die Tochter des Hussitenführers Protop und der Fürstin Gertrud. Um sie dem hussitischen Glauben zu erhalten, läßt sie Protop im Laborantenlager erziehen. Aber als Kind des Lagers hat Sagar Gelegenheit, den feindlichen deutschen Fürstentum Otto von Raumburg zu sehen und lieben zu lernen. Aus der Liebe der beiden ergibt sich der tragische Konflikt der Oper: Sagar lehnt zwar zunächst ihren Hussitenplan über die Liebe und erträgt den Geliebten, da ihre eigene Mutter sie verurteilt will, um die Stadt Raumburg vor der Belagerung und Verhinderung durch die Hussiten zu retten; als aber dieser Geliebte sich in der Sterbestunde zum hussitischen Glauben bekennt, um wenigstens im Tode der Geliebten zu gehören, steigt auch in Sagar die Liebe über den Glauben und sie gibt sich selbst den Tod. Liebe — Glaube — Liebe sind also die Hauptkomponenten dieses nationalen Musikdramas. Um die Wiedererweckung der zu Unrecht in Vergessenheit geratenen Oper Vendl's machte sich vor allem Operndirektor Otakar Stránil als musikalischer Leiter verdient, der den heroischen und tragischen Zug des Werkes rhythmisch und dynamisch eindrucksvoll zur Geltung brachte. Auch Gottlieb's düstere und wichtige Inszenierung unterrichtlich wirkungsvoll den Charakter der Oper. In den Hauptrollen treten

namentlich Frau Horvath (Sagar), Frau Vesela und Herr Schüy ausgezeichnete, gefänglich und dastellerisch gleich überzeugende Leistungen.

Die italienische Stagione der Schwestern Grammatica beginnt ihr Gastspiel, das für zwei Abende gewonnen wurde, Mittwoch, den 19. Oktober, mit D'Annunzio's „Traum eines Frühlingsmorgens“ und dem Schauspiel „Die Medaillen einer alten Frau“ Donnerstag, den 20. Oktober, wird Irma Grammatica in Nicodemis' interessantem Schauspiel „Schatten“ an der Spitze des Ensembles stehen. Beide Abende finden bei aufgebobnem Abonnement statt. Kartenverkauf täglich.

Spielplan des Neuen Deutschen Theaters. Donnerstag (9.—1), halb 8 Uhr: „Barewitsch“. Freitag (10.—2), halb 8 Uhr: „Kapitän Braubound“. Samstag (11.—3), 8 Uhr: „Elektra“. Sonntag, halb 3 Uhr: „Der liebe Augustin“; halb 8 Uhr: „Barewitsch“ (Ab. aufgeh.). Montag, halb 8 Uhr: „Tosca“.

Spielplan der Kleinen Bühne. Donnerstag: „Scherz, Satire, Ironie und tiefere Bedeutung“. Freitag: „Sprungbreit der Liebe“. Samstag: „Anfuhl“. Sonntag, 3 Uhr: „Sunbury“. 8 Uhr: „Anfuhl“. Montag: „Bygones und sein Ring“.

## Mitteilungen aus dem Publikum.

Die Postkutsche und die Wäscherrumpel gehören vergangenen Zeiten an! Kein Mensch ährt heute mehr in der Postkutsche! Keine moderne Wäscherrumpel wird sich ihre Gesundheit ruinieren, indem sie tagelang vergeblich versucht, mit Rumpeln und Reiben die Wäsche rein zu bekommen. Im Zeitalter des Radios wäscht man mit „Radion“! Versuchen Sie nur einmal dieses fabelhafte Waschmittel und Sie werden gewiß nurmehr mit Radion waschen.

## Literatur.

Der Anschluß Österreichs an Deutschland als europäisches Problem von Dr. Karl Renner, Österreichisch-Deutscher Volksbund, Berlin 1926. Das Büchlein ist der Abruf einer Rede, die Genosse Dr. Renner am 17. Oktober 1926 in Berlin gehalten hat. Er zeigt darin zunächst das Werden der Nationalstaaten und die Entwicklung Europas zu großen Wirtschaftsgebieten und weist nach, daß die durch die Pariser Friedensverträge geschaffenen Grenzen weder mit dem Nationalitätenprinzip noch mit der Tendenz zur Schaffung großer Wirtschaftsgebiete übereinstimmen. Die Friedensschlüsse leiden an ihrer Wirtschaftswidrigkeit, auf allen Fronten rebelliert die Wirtschaft von heute gegen die Politik von 1919. Eine wirtschaftliche Notwendigkeit ist auch der Anschluß Österreichs an Deutschland. „Von Sorarno am Rhein“, so schließt Renner seine schöne Broschüre „müß über kurz oder lang ein Locarno an der Donau folgen und die Aufrichtung der europäischen Wirtschafts- und Rechtsgemeinschaft wird uns eines Tages als selbstverständlich die reife Frucht des Anschlusses zuwerden.“ C. St.

Herausgeber: Dr. Ludwig Czich  
Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß  
Lith. Deutsche Zeitungsbetriebs-Gesellschaft in Prag  
Für den Druck verantwortlich: Otto Gollh. Prag  
Die Zeitungsmastkantenansatz wurde von der Post- u. Telegraphenverwaltung am 12. 127 451/VII/27 am 14. Mai 1927 bewilligt.

**LC Smith** Beste amerik. Schreibmaschine  
Typenhebel wie alle beweglichen Teile auf Kugellagern.  
Generalvertretung:  
**GIBIAN & Co., Prag II., Lucerna**  
Telephon 29823-24.

Der Bankrat der Czecho-slovakischen Nationalbank  
erfüllt seine schmerzliche Nachricht und gibt bekannt, daß am 11. Oktober l. J., Herr  
**Alois Vlk**  
Ministerialrat l. R., Präsident der Cyrillo-Metodějská záložna in Brünn, Mitglied des Bankrates der Czecho-slovakischen Nationalbank usw.  
verschieden ist.  
Der Verstorbene wirkte im Bankrate der Czecho-slovakischen Nationalbank seit Gründung dieser Anstalt. Er versah seine Funktion mit überragender Gewissenhaftigkeit und trug durch seine reichen Erfahrungen auf dem Gebiete des Czecho-slovakischen Geldwesens zur erfolgreichen Tätigkeit der Notenbank bei.  
Alle, die mit ihm zusammengearbeitet haben, werden ihm ein dankbares Andenken bewahren.  
Das Beizühnis des Verstorbenen findet in Brünn am Donnerstag, den 13. Oktober 1927, um 3 Uhr nachmittags statt.  
Prag, den 12. Oktober 1927. 5086

Zur Gemeindevahl!  
Die Aufgaben und Forderungen der freien Gemeinde.  
Ein Rauchsachbuch für alle Gemeindefunktionäre.  
6 Kronen.  
Vollständigung in Teplitz-Schönau  
Wohnstraße 13  
(direkt gegenüber dem neuen Stadthaus).  
**VITEK'S „Anticornain“**  
Eine Flasche K6 G—  
zu haben in Apotheken u. Drogerien.  
Allein echt von  
**Fr. Vitek & Co., Prag II., Vodickova 33.**

Verbreitet den „Sozialdemokrat“.

# Öffentliche Wählerversammlung

Freitag, 8 Uhr abends, Uraniaaal  
Prag, Smetichagasse.  
Redner: Gen. Georg Emmerling,  
Bezirksbürgermeister von Wien.  
Gen. Senator Wilhelm Neßner.